LabourNet.de Germany

Aufstand der Massen?

Rechtspopulistische Protestbewegungen und linke Gegenstrategien

Ein Gespräch mit Werner Seppmann anläßlich der pad-Veröffentlichung „Aufstand der Massen? - Rechtspopulistische Mobilisierung und linke Gegenstrategien“

In ihren Analysen über die aktuellen rechtspopulistischen Bewegungen, deren „Flaggschiff“ Pegida und AfD sind, sprechen sie davon, dass deren Ursachen in sozialer Verunsicherung und damit zusammenhängend diffusen Zukunftsängsten lägen. Nun haben sich diese Bewegungen aber zu einer Zeit bemerkbar gemacht, als die Große Krise von 2008 als überwunden galt und – wie meist unwidersprochen gesagt wird – es uns mittlerweile „so gut wie schon lange nicht mehr“ ginge.

Was zunächst überraschend wirkt, entspricht der historischen Erfahrung. Selten hat es in den Zeiten fundamentaler Krisen spontane Massenbewegungen gegeben. Sie sind immer erst danach, oft in Zeiten einer gewissen „Beruhigung“, sogar des „Aufschwungs“ entstanden. Das war auch bei der Weltwirtschaftskrise 1929 so. Gegenwärtig gibt es diesen diffusen rechtspopulistischen „Aufstand“, weil es ja – dem Mantra von Medien und etablierter Politik zum Trotz – gar nicht allen „so gut geht“, sondern die „Konjunktur“ einen sehr „differenzierten“ Charakter hat. Der „Aufschwung“ wird von den Menschen berechtigterweise als sehr ungleich und widersprüchlich erlebt.
Es sind tatsächlich in den letzten Jahren, und da stimmen die Erfolgsmeldungen mit den Tatsachen überein, neue Arbeitsplätze entstanden. Die Arbeitslosenquote ist zurückgegangen, wenn auch zum Teil nur durch statistische Tricks (u. a. werden alte und kranke Erwerbslose heraus gerechnet), so das die tatsächliche Zahl 800.000 bis 900.000 höher liegt. Der Tiefstand lag also nicht bei 2,6 sondern 3,5 Millionen Arbeitslosen! Dass bei diesen Zahlen vom „ökonomischen Sachverstand“ davon gesprochen wird, dass dies fast schon ein Zustand der „Vollbeschäftigung“ wäre, ist ein Beispiel, mit welchem Zynismus den verunsicherten Menschen immer wieder begegnet wird. Das sind Erfahrungen auf die Krisenopfer mit einer Mischung aus Resignation und Wut reagieren, weil sie sich zu Recht mit ihren Problemen allein gelassen fühlen.

Ist die Reden vom „Jobwunder“ also nur Propaganda?

Nicht nur, denn es sind tatsächlich neue Beschäftigungsverhältnisse geschaffen worden – aber vorrangig im prekären Sektor, sogar bei gleichzeitigem Rückgang „regulärer“ Beschäftigung. Also gibt es für große Gruppen allen Grund zur Sorge! Und tatsächlich lebt der Rechtspopulismus zu einem schlechten Teil nicht nur von eingebildeten Gefahren sondern auch von realen Unsicherheiten. Und der AfD ist es gelungen aus diesen Ängsten Kapital zu schlagen, wie es zutreffend in einer Stellungnahme der IG-Metall heißt. Es handelt sich ursächlich um Ängste vor der „Globalisierung“, dem sozialen Abstieg und reduzierten Zukunftsaussichten.

Warum gelingt es der LinksPartei nicht, diese Sorgen und Gesellschaftsbild-Diffusionen erfolgreich aufzugreifen? Diese Entwicklungen müßten ihr doch „entgegenarbeiten“, aber faktisch ist sie die große Verliererin der letzten Wahlen.

Linke Politik setzt Klarheit über die Praxisbedingungen, d.h. vor allem über den Charakter des gegenwärtigen Kapitalismus voraus. Aber gerade in dieser Hinsicht ist man auf halben Wege stecken geblieben. Die verbreitete „Kapitalismuskritik“, vor allem der sogenannten „Modernen Sozialisten“ in der Links-Partei, bleibt inkonsequent um nicht die Erkenntnis an sich heran kommen zu lassen, dass die Gesellschaft des Profits und der Konkurrenz nicht reformierbar ist – was nicht bedeutet, dass für die aktuellen Interessen und Bedürfnisse der Menschen gekämpft werden kann und muß. Aber das müßte im Bewußtsein der sehr reduzierten Möglichkeiten geschehen. Wer sich diesem Realismus verweigert, und falsche Hoffnungen erweckt verstärkt vorhandene Resignation.
Grundsätzlich gilt – und das lehrt die Erfahrung aus den sozialen Kämpfen der Vergangenheit – dass wer den herrschenden Kräften etwas abringen will, den Kapitalismus grundsätzlich in Frage stellen muß! Und daraus folgt dann, wie Ekkehard Lieberam es treffend formuliert hat, dass die „Orientierung aufs Mitregieren … keine Methode linker Gesellschaftsgestaltung, sondern ein Irrweg“ ist. Orientiert man seine Politik am Horizont möglicher Koalitionspartner, gerät man schnell in den Ruf, selbst zu „denen da Oben“ zu gehören, denen nicht zu trauen ist. Man wird vom Modergeruch des Leichnams der Sozialdemokratie affiziert, wenn man glaubt um „Regierungsfähig“ zu werden, in der Friedensfrage (Nato-Mitgliedschaft) oder hinsichtlich des Hartz-IV-Skandals „Kompromisse“ eingehen zu müssen.

Aber bemerkenswert ist dennoch, wie unproblematisch es dem Rechtspopulismus gelingt aus den krisenhaften Sozialentwicklungen Kapital zu schlagen.

Richtig! Aber genau das bleibt in vielen kritischen und „antifaschistischen“ Stellungnahmen defizitär; es wird noch nicht einmal eine Antwort auf diese drängende Frage versucht. Der wichtigste Aspekt ist, dass die AfD selbst auch keine „Antworten“ gibt (was sie zu Sachfragen sagt, ist meist falsch und verzerrt), sondern assoziative Identifikationsmuster anbietet. Es wir nichts erklärt, aber den Menschen das Gefühl gegeben, etwas „verstanden“ zu haben, etwa in dem Sinne „Du bist arbeitslos, aber der Türke ist beschäftigt“. Beliebt ist auch die schiefe Gegenüberstellung, dass man selbst mit dem Mindestlohn abgespeist wird, aber die „Flüchtlinge alle Segnungen des Sozialstaates“ erhalten.

Aber warum können Sozialängste eine so große Rolle spielen? Ist es nicht so, dass gerade bei der Dresdner Pegida-Anhängerschaft und auch bei den AfD-Mitgliedern (nicht unbedingt bei den Wählern) es sich gar nicht die „Mühselig und Beladenen" handelt, sondern Menschen mit mindesten durchschnittlichen Qualifikationen und sogar überdurchschnittlichen Einkommen? Bei den AfD-Wählern liegt es mit 2.200 Euro Netto immerhin 10 Prozent über dem Durchschnitt.

Zunächst müssen wir in einem entscheidenden Punkt zwischen den Aktivisten bei Pegida und den Parteimitgliedern der AfD auf der einen Seite und dem weiteren Anhängerkreis (bei Pegida) und den Wählern der AfD unterscheiden. Bemerkenswert ist tatsächlich, dass bei den Dresdner Demonstranten in der Pegida-Hochphase die etwas „besser Verdienenden" dominierten. Und diese Gruppe macht auch den Kern der AfD-Anhänger aus. Aber dass gerade dieses Bevölkerungssegment besorgt ist, sollte nicht verwundern, denn diese *Menschen* haben ja tatsächlich etwas zu verlieren. Alle Zahlen und Untersuchungen belegen es, dass es in dieser „Mitte" besonders intensive Abstiegsängste gibt. Oft ist es nur ein „diffuses" Gefühl – aber ganz grundlos ist es nicht! Viele Arbeits- und Sozialverhältnisse verändern sich in einem rasantem Tempo und mit dem Hartz-Gesetzen ist gleichzeitig eine soziale Abstiegsautomatik installiert worden: Wer 50 Jahre alt ist, muß davon ausgehen, keinen auskömmlichen Job mehr zu erhalten, wenn er arbeitslos wird. Und er weiß, dass er nach einem Jahr der Erwerbslosigkeit in das Hartz-IV-System mit allen seinen Zumutungen abrutscht. Und zu diesen Zumutungen gehört etwas, was vor allem den „Besserverdienenden" droht. Wenn zwei Partner jeweils ein Einkommen von 2.700 Euro haben, und einer von beiden seine Stelle verliert, bekommt dieser nach einem Jahr Arbeitslosengeldbezug, überhaupt keine Unterstützungsleistungen mehr, auch wenn das Haus noch nicht abbezahlt ist und andere Verpflichtungen bestehen, die auf der Einkommensbasis von über 5.000 Euro eingegangen wurden.
Kaum berücksichtigt wird bei der Analyse der Motivationsbasis der Parteigänger dieser Bewegungen, welche Verunsicherungen gerade bei kleinen Selbständigen durch den Vormarsch der Internet-Wirtschaft verursacht werden. Viele traditionelle Existenzen werden durch neue Geschäftsmodelle und einen durch IT-Technologien vermittelten Konkurrenzdruck bedroht. Der Apotheker hat es mit den Internetanbietern ebenso zu tun, wie der Inhaber einer kleinen Lotto-Annahmestelle. Und viele Dienstleister müssen sich im Netz dem Unterbietungswettbewerb unterwerfen: Den Auftrag kriegt, wer am wenigsten verlangt. Die Internet-Ökonomie der sich kaum jemand entziehen kann, radikalisiert eine Praxis, die Marx karikiert hat, dass nämlich jeder Kapitalist aus Gründen der Sicherung seiner eigenen Existenz bestrebt ist, viele andere Kapitalisten totzuschlagen.
Die berechtigten Sorgen werden vom offiziellen Politik-Betrieb in geradezu zynischer Weise ignoriert. Im Vertrag der Merkel-Gabriel-Koalition ist ja noch nicht einmal etwas von der skandalösen Kinderarmut in einem der reichsten Länder der Welt die Rede, geschweige denn davon, was dagegen unternommen werden kann, dass mittlerweile jedes fünfte Kind in Deutschland in Armutsverhältnissen lebt und in einigen Städten sich sogar im Bereich von 35 bis 40 Prozent bewegt. Um das konkret auszudrücken: In Gelsenkirchen leben 16.300 Kinder in Familien, die Hartz-IV-Leistungen erhalten. Zusätzlich gibt es noch eine große Zahl nicht „erfaßter" Fälle.

Aber diese rechtspopulistischen Bewegungen setzen sich ja nicht nur aus Menschen zusammen, die aus der „Mitte" stammen und Absturzängste haben, sondern die AfD ist ja auch von tatsächlich „Randständigen" gewählt worden, in einigen Bundesländern von über 30 Prozent der Arbeitslosen.

Dass ist richtig. Der Anteil der Arbeitslosen an den AfD-Wählern lag im März 2016 in Baden-Württemberg bei 32 Prozent, im Rheinland-Pfalz 26 Prozent sowie in Sachsen Anhalt 36 Prozent. Das war jeweils ein Vielfaches des Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtbevölkerung. Betrachtet man nur die Wähler im arbeitsfähigen Alter, dann liegt bei dieser Gruppe der AfD-Wähler sogar im 50-Prozent Bereich.
Zum großen Teil sind es gerade diese Menschen, die sich von den anderen Parteien nicht mehr vertreten fühlen. 2016 betonten 15 Prozent der bundesrepublikanischen Arbeitslosen ihre Präferenz für die AfD. Das ist der aktuelle Wert. 2015 waren es noch 4 und 2014 1 Prozent! Zu berücksichtigen ist bei diesen Zahlen, dass ja nicht nur Arbeiter arbeitslos sind oder in prekären Jobs feststecken, sondern immer öfter auch Menschen mit höheren Qualifikationen. Es ist deshalb auch nicht nur und nicht einmal vorrangig die „Unterschicht" die AfD wählt. Viele ihrer Parteigänger haben qualifizierte Bildungs- und Berufsabschlüsse, von denen sie aber mittlerweile wissen, dass diese keine Garantie für den Statuserhalts mehr sind.
Der AfD ist es vor allem gelungen, einen Teil der Resignierten, also jener Menschen die in der Vergangenheit überhaupt nicht mehr zur Wahl gingen zu motivieren und aktivieren. Und darunter waren überdurchschnittlich viele Arbeitslose. Sie haben auch in ehemaligen sozialdemokratischen Hochburgen deutliche Mobilisierungserfolge bei jenen verbuchen können, die traditionell SPD gewählt haben, aber der Partei der „Agenda-Politik", also des systematischen Sozialabbaus den Rücken gekehrt haben.
Hinzu kommt noch der eiskalte Zynismus, mit dem Spitzenpolitiker sich zu „profilieren" versuchen. „Arbeit soll sich in Deutschland wieder lohnen", postuliert Frau Arbeitsministerin Nahles – und meint die Einführung des Mindestlohnes von 8,50 Euro. Und wie „nahe" sie sich bei den Nöten der Menschen und der Lebenswirklichkeit bewegt, hat sie mit ihrer Kritik der statistischen Erfassungsmethoden für Armut (als arm gilt, wer weniger als 60 Prozent des Durchschnittslohnes erhält) bewiesen. Diese statistische Vorgehensweise wäre doch lächerlich so Nahles, denn wenn das Durchschnittseinkommen eine Millionen betragen würde, wären auch jene Menschen mit einem Einkommen unter 600.000 Euro als arm zu klassifizieren. Da können die sich auch als Ergebnis der „Arbeitsmarktreformen" am Existenzminimum bewegenden Deklassierten ja richtig beruhigt sein!
Selbst die Bildzeitung vermeidet heute meist einen solch demagogischen Ton, denn die Redaktion weiß ja, dass die Krisenopfer zu ihren Lesern gehören. In einem erstaunlich ausgewogenen Artikel zur Armutsproblematik an Berliner Wahlwochenende, ließ sie immerhin Christoph Butterwegge zu Wort kommen: „Armut bedeutet nicht nur weniger Geld im

Portemonnaie, sondern auch mangelnde Bildung, schlechtere Gesundheit und weniger Zugang zu kulturellen Einrichtungen."

Es gibt sicherlich diesen für eine der reichsten Gesellschaften weltweit beschämenden Bodensatz an Arbeitslosen, aber die AfD spricht ja auch andere Wählerschichten an!

Das stimmt, aber zu bedanken ist, dass die Konsequenzen der gesellschaftlichen Verwerfungen auch jene „Hautnah" erleben, die noch in ihre Arbeit haben und diesseits der Prekarisierungszonen angesiedelt sind. Gerade sie befürchten nicht ohne Grund, dass die nächste betriebliche „Restrukturierungswelle" auch sie treffen kann und ihnen dann ein Abstiegsschicksal wie dem Kollegen (der nun die gleiche Arbeit als „Vertragsarbeiter statt für 18,50 Euro Stundenlohn für 9,80 Euro verrichten muß) oder dem Schwager, der nach einem 40-Jährigen Berufsleben unwiderruflich in den Hartz-IV-Bezug abgerutscht ist.
Betrachten wir konkret, wie die „Lebenswelt" der Lohnabhängigen in Krisenzeiten aussieht. Zum Beispiel im Mannheimer Stadtteil Waldhof, einer traditionellen Arbeitersiedlung und einstigen Hochburg der Sozialdemokratie, in der bei der Landtagswahl 2016 die AfD einen Stimmenanteil von über 15 Prozent hatte. Schon dass Stadtbild mit den leerstehenden und verkommenen Ladenlokalen vermittelt den Eindruck des Abgehängtseins. Der alte „Mittelstand" verschwindet zunehmend und ein Viertel der Waldhof-Einwohner lebt in prekären Verhältnissen.
Der Verlust von Arbeitsplätzen ist – auch wenn man noch nicht betroffen ist – ebenso eine alltäglich Erfahrung, wie die damit verbundenen Konsequenzen von Leih- und Vertragsarbeit, sowie anderer Beschäftigungsverhältnisse in den Pekaritätszonen. Angemessene Arbeitsplätze für die bei dem Gasturbinen-Hersteller General Elektrik (1.000 Stellen) und bei dem Zugbauer Bombardier weggefallenen, gibt es nicht. Das ist aber nur die Spitze des Eisberges – und jeder merkt, dass die Einschläge jeden Tag näher kommen. Vor allem wissen die Betroffenen auch, wem sie es zu verdanken haben, dass eine Arbeitslosigkeitsphase im Alter von 45 Jahren fast automatisch den sozialen Abstieg bedeutet, die Chance dieser Situation wieder entkommen zu können, gegen Null tendiert. Das auch sozialdemokratische Lokalpolitiker sich über das Wahlergebnis der AfD und ihre eigene Niederlage „überrascht" zeigen, illustriert, wie weit sie sich von den Menschen, ihren Ängsten haben und nicht mehr in der Lage sind, deren Wut nachzuvollziehen.

In ihrer Tendenz ist die rechtspopulistische AfD also die neue „Arbeiterpartei"?

Zwar haben 2016 in Baden-Württemberg 25 Prozent der Arbeiter AfD gewählt, aber sie ist doch bei diesen Wahlen eher eine Arbeitslosenpartei gewesen, was ja auch die NSDAP zu einem schlechten Teil war. Sie hat weniger bei der Arbeiterschaft, als bei den Erwerbslosen Terraingewinne erzielt. Aber Tatsache ist, dass dort die AfD ihre Erfolge erzielt, wo die Menschen sich mit ihren Sorgen allein gelassen fühlen. Wie in der ferneren Vergangenheit haben die rechten Demogagen ein leichtes Spiel, mit ihren „plausiblen" Interpretationsmustern, weil diese den verunsicherten und sozial entwurzelten Menschen neue Hoffnungsperspektiven vermitteln oder zumindest ihnen das Gefühl eines eines „aktiven" Weltverhältnis geben, dass sie in ihre prekären Lebenslage verloren haben.
Die AfD bietet neben anderen Surrogaten auch die Illusion mit dem Votum für sie, ein Zeichen gegen das „System" und seine Repräsentanten setzen zu können. Gerade weil in der politischen Kultur der Bundesrepublik die Wahl einer rechts-populistischen Bewegung (berechtigterweise) verpönt ist, liegt für den „Wutbürger" ein besonderer Reiz darin für sie zu votieren, weil er weiß, dass er damit seinen Dissens zu den „Verhältnissen" und der „Politokratie" zum Ausdruck geben kann. Endlich, so sein Gefühl, kann er sich „wehren". Wenn auch auf niedrigen Niveau hat er – wie gesagt - den schon lange nicht mehr gekannten Eindruck eines aktiven Weltverhältnisses. Es ist ein sehr subjektives und sehr illusorisches „stemmen" gegen schicksalhaft erlebte Verhältnisse und auch, wenn man in den sozialen Abwärtssog des Hartz-System geraten ist, gegenüber einem Gefühl der Demütigung.

Die AfD ist also vorrangig eine „Protestpartei"?

Das ist sie auch, aber nicht nur. Sie ist auch eine rechte Sammlungsbewegung, in dem Sinne, dass sie auch Menschen mit einem „gefestigten" rechten Weltbild anzieht. Das war zwar auch schon vor ihrer Spaltung der Fall, also zu der Zeit, als sie noch eine „Professoren-Partei" war, die gegen den Euro Kämpfte und für die die Kritik an der „Eurokratie" ein verbindendes Motiv darstellte. Wobei gerade auch der letzte Punkt Projektionsfläche für ein allgemeines Unbehagen war. EU-Kritik brachte das Gefühl zum Ausdruck, dass mit „unserer Gesellschaft" irgend etwas nicht stimmt. Schaut man sich die gravierenden sozialen Gegensätze, an dann stimmt das ja auch!
Aber die AfD-Bewegung hat sich innerhalb der wenigen Jahre ihrer Existenz in wesentlichen Punkten gewandelt. Sie ist für traditionelle rechte Parteigänger immer attraktiver geworden. Heute ist sie eine rechts-populistische Formation mit zunehmend neo-faschistischen „Akzenten". Aber noch ist die AfD, obwohl sie sich nach rechts weit geöffnet hat, keine Partei, die unisono als neo-faschistisch etikettiert werden kann!
Es sind zwar Vertreter einer extremen Rechten innerhalb der Partei aktiv, die immer wieder ins Blickfeld geraten, weil sie sich in den Vordergrund schieben. Und ganz unrecht haben sie nicht, wenn sie Morgenluft wittern. Denn auch wenn ein „gehobenes" Kleinbürgertum und ein neoliberalistisch gestimmtes „Bildungsbürgertum" (vom Gymnasiallehrer, über den Apotheker, bis zum Verleger und Ökonomie-Professor) noch immer den organisatorischen „Kitt" der AfD bilden, sind „alte Kämpfer", die Erfahrung in den traditionellen Rechtsparteien gesammelt haben und durch einen „gefestigten" nationalistische Weltanschaungshorizont geprägt sind, sowie teilweise auch über Organisationserfahrungen und rechtsextreme „Mobilisierungskompetenz" verfügen, zu einem wesentlichen Faktor in der AfD geworden. Sehr genau ist der Einfluß und die Vorgehensweise dieser Kräfte beim Konstitutionsprozeß der Pegida-Bewegung zu erkennen gewesen.

Gibt es Besonderheiten bei den Mobilisierungsaktivitäten?

Ja, das kann man wohl so sagen. Zu den auffälligen Fähigkeiten der traditionellen Rechtsextremen gehört der effektive Einsatz des Internets. Das sollte man immer im Hinterkopf behalten, wenn die erbaulichen Geschichten von den „progressiven Wirkungen" der „Sozialen Medien" erzählt werden - denn mit der Realität haben sie nicht viel zu tun. Das Netz hat einen nicht unbeträchtlichen Anteil dabei, „die Pest in die Stadt zu tragen" (Sophokles), also rechte bis faschistische Orientierungen massenhaft (und das ist wörtlich zu nehmen!) zu verbreiten „Auf allen Kanälen" gibt es eine kaum noch überschaubare Zahl von Seiten und Portalen, über die Menschenhaß verbreitet und die Verharmlosung des traditionellen Faschismus betrieben wird. Es wird beim Kampf gegen Andersdenkende mit Hetze und Lügen, Diffamierung und Mobbing gearbeitet.
Aufgrund ihres fragmentarischen und oberflächlichen Charakters ist die Netzkommunikation besonders geeignet, den Irrationalismen und demagogischen Strategien, den rechten Halbwahrheiten und Entstellungen einen optimalen Verbreitungsraum zu bieten. Die Trumps und Le Pens dieser Welt machen es tagtäglich vor, wie netz-vermittelt Ressentiments und Mobilisierungsparolen verbreitet werden können. Intoleranz und Feindseligkeit haben einen fast unbeschränkten Entfaltungsraum.
Ist dass die „Zivilisation des Geistes", die zu verallgemeinern „Internet-Pioniere" noch Ende der 90er Jahren in einem Manifest prognostizierten?

Wie gehen die rechten Netz-Aktivisten konkret vor?

Oft verbergen sie sich hinter unverdächtigen Anliegen um faschistoide Vorstellungen in die gesellschaftlichen „Normalitätszonen" einzuschleusen. Geschickt bedienen sie sich der Anonymität des Netzes, seiner spezifischen Möglichkeiten der Manipulation und der Vortäuschung falscher Identitäten. Diese Besonderheiten der Netz-Kommunikation erleichtert es, Resonanz in einer „bürgerlichen Mitte" zu finden, das eigene Gedankengut auch in Kreisen zu verbreiten, die man sonst nicht erreicht hätte. Die rechten Propagandisten präsentieren sich beispielsweise als „besorgte Bürger", die das neue Asylantenheim in ihrer Nachbarschaft thematisieren – und finden sofort Anschluß an Verunsicherte, die die auch Angst vor einer „Überfremdung" haben.

Welche Perspektiven gibt es für diese Einfluß- und Manipulationsaktivitäten?

Alles spricht dafür, dass dieser rechte Netz-Aktivismus erst am Anfang steht und nichts gegen die Annahme, dass durch die digitale Kommunikation auch reaktionäre Massenbewegungen organisiert werden können. Auch der Erfolg der Pegida-Bewegung hatte eine wesentliche Voraussetzung in der Kommunikation über die „Sozialen Medien" gehabt. Schon heute stellt durch das Internet vermittelte neofaschistische Propaganda einen nicht zu vernachlässigenden Einflußfaktor dar. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: 2015 haben sich beispielsweise der rassistischen Stellungsnahmen im Netz mindestens verdoppelt, ist die digital vermittelte „Haß-Rede" eine weit verbreitete Realität geworden. Die Realität der „Wissensgesellschaft sieht so aus, dass man alle Masken fallen läßt, gnaden- und kompromißlos argumentiert, Halbwahrheiten verbreitet und mit der Assoziationskraft von verbreiteten Vorurteilen spielt. Besonders Jugendliche sind diesen Einflußinitiativen meist hilflos ausgeliefert. Das war in Deutschland schon einmal so: „Gläubige Jugend erliegt dem Blendwerk", schrieb Ernst Bloch in den 30er Jahren.

Wie groß ist den mittlerweile der Einfluß der faschistoiden Kräfte in der AfD?

Wenn sie auch noch keinen programmatisch fundierenden Einfluß haben und eine inhaltliche Auseinandersetzung in der Partei ja noch gar nicht richtig begonnen hat, so haben sie doch ihre innerparteiliche Position im Laufe der Jahre 2015 und 2016 festigen können. Aus der Sichtweise der „traditionellen" Kräfte aus dem rechten Milieu (NPD und Republikaner – aber im besonderen Maße auch „Neurechte Intellektuelle", die ein entwickeltes Einfluß- und „Transformations"-Konzept haben) können sie ihren jetzigen Stellenwert innerhalb der AfD als ein respektables „Zwischenergebnis" ihrer beharrlich verfolgten Strategie einer Infiltration in diese Ausdrucksform einer „bürgerlichen Mitte" ansehen. Denn eine politische Organisation die der „Mitte" angehört, war die AfD in den letzten Jahren und ist es immer noch, weil es mit dieser „Mitte" (auch wenn sie parteipolitisch nicht zur AfD tendiert) wesentliche Schnittmengen inhaltlicher und weltanschaulicher Art gibt. Man vertritt die Positionen des Neoliberalismus, vertritt „traditionelle Werte" und ist latent Minderheiten- und Fremdenfeindlich. Und eine konservatives Familien- und Geschlechterbild hat man sowieso. Die Einstellungswerte zu einzelnen Punkte autoritärer und rückwärtsgewandter Gesinnung mögen bei den Partei-Mitgliedern und Wählern der AfD „überdurchschnittlich" sein – aber nur in einer graduellen Weise. Autoritäre Ordnungsvorstellungen sowie Vorurteile gegenüber Fremde, Flüchtlinge und Arbeitslose haben sich als Ergebnis von Unsicherheitserfahrungen auch in der übrigen „Mitte" verfestigt.

Nach ihrer Diagnose scheint bei der AfD vieles in Bewegung zu sein. Wohin entwickelt sich diese Partei?

Zweifellos hat sie sich nach rechts „profiliert", ist der Einfluß organisierter rechter Kräfte größer gewordenen. Bei diesen Vorgängen handelt es sich alles andere, als einen „spontanen" Prozeß. Er wird zu einem Teil von den Aktivisten „traditionell" rechter Gruppierungen voran getrieben, die sich in den letzten beiden Jahrzehnten gewandelt haben - wenn auch nicht in ihrer reaktionären und in zentralen Punkten auch menschenfeindlichen Programmatik, sondern in ihrem Auftreten und ihrem taktischen Vorgehen. Man ist um „bürgerliche Reputation" bemüht, will eine breitere Akzeptanzbasis erreichen. Hinsichtlich dieses Trends ist vom Auftreten von „Nazis in Nadelstreifen" gesprochen worden. Obwohl die

LaborNeoLib Germany

Wahlerfolge von Republikaner und NPD bescheiden blieben, haben diese Kräfte ihre politische Infrastrukturen festigen und ausbauen können und ein umfassendes intellektuelles Netzwerk geknüpft. Dies alles jedoch nur auf einem bescheidenem Niveau. Deshalb hat für sie die AfD als organisatorische „Alternative“ und Erweiterung ihre Aktionsbasis eine besondere Attraktivität.

Welchen Einfluß haben diese neofaschistischen Kräfte mit Organisiationserfahrung?

Jedenfalls verstehen sie es zunächst mit provokativ fremdenfeindlichen bis latent antisemitischen Äußerungen immer wieder auf sich aufmerksam zu machen. Von der Mehrheit des AfD-Vorstandes werden sie auch regelmäßig noch zur „Ordnung“ gerufen, ohne dass ganz klar ist, wie viel taktisches Kalkül hinter diesen „Distanzierungen“ steckt.
Vor allem gibt es programmatische Ambivalenzen, die faschistoide Kräfte ausnützen können. Ganz typisch für die „Unentschiedenheit“ führender AfD-Politiker war die Antisemitismus-Affäre in der Stuttgarter Landtagsfraktion im Sommer 2016, bei der die Parteiführung keine klare Linie durchsetzen konnte – oder wollte. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang und Indiz einer Bereitschaft sich weit nach rechts zu öffnen, ist die Forderung von Frauke Petri aus dem Spätsommer 2016, den Begriff „völkisch“ positiv zu besetzen. Das ist ein weiter Schritt über die „national-konservative“ Gesinnungstümelei hinaus, die bisher in der Partei vorherrschend war. Es werden damit die Scharniere zum Rechtsextremismus geschmiedet. Die Parteivorsitzenden ist zu klug, um das nicht zu wissen.

Wie geht es weiter mit der AfD?

Weil vieles in der Partei in Bewegung ist, können diagnostischen Feststellungen nur vorläufig sein. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass zum jetzigen Zeitpunkt die Kräfteverhältnisse nicht verläßlich eingeschätzt werden können. Aber soviel läßt sich dennoch sagen, dass es politisch kontraproduktiv wäre, von der AfD ohne Relativierungen von einer neofaschistischen Partei zu reden. Sie hat das Zeug und das Personal, eine solche zu werden – jedoch ist sie es momentan *noch* nicht. Ein unzureichende Differenzierung würde dazu beitragen, den Kern der Sache um die es geht zu verfehlen, aber auch die faschistische Gefahr zu verharmlosen, von der die AfD zweifellos ein zukünftiges Segment sein könnte. Wie gesagt: Noch ist sie das nicht. Eine solche Zurechnung würde auch die „traditionellen“ faschistischen Kräfte (darunter einen militanten, gewaltbereiten Kern) verharmlosen.

Charakterisiert die Bezeichnung rechts-populistisch diese Bewegung richtig?

Die AfD als rechts-populistisch zu bezeichnen ist möglicherweise nur eine Verlegenheitslösung, deren „Halbwertzeit“ sehr gering sein kann. Wenn es notwendig ist, sich der neofaschistische Trend verfestigt, muß ein adäquaterer Begriff gefunden werden. Bis zur Faschismus-Etikettierung ist aber noch ein weiter Weg, denn noch vertritt die Mehrheit der AfD-Mitglieder (und wohl auch mehrheitlich die Funktionäre) Auffassungen die auch in Teilen der CDU und der CSU vertreten werden.

Was erwarten konkret die Arbeitslosen und die „Verlierer“ der sozialen Umwälzungen, wenn sie der AfD ihre Stimme geben?

Sicherlich sind es zu einem großen Teil ganz allgemeine Protestbedürfnisse, das Anliegen einmal „symbolisch“ seine Stimme zur Geltung bringen zu können. Die politische Stigmatisierung der AfD erleichtert diese Haltung. Normalerweise fällt es vielen schwer sich gegen gesellschaftliche Trends zu stemmen – aber nun ist die AfD selbst „im Trend“. Das macht subjektiv einiges leichter. Man positioniert sich da, wo man sich am sichersten fühlt: In der Masse.
In Rechnung zu stellen ist aber auch, dass es sich um eine „Trotzhaltung“ mit Steigerungseffekt handelt: Je mehr die AfD medial kritisiert und stigmatisiert wird, um so größer wird der Zuspruch – auch wenn das nicht unendlich weiter gehen wird. Aber die bisher praktizierten Ausgrenzungsstrategien (ironischerweise ja auch von Parteien wie der CSU, deren Orientierungshorizont gar nicht so weit von der AfD entfernt ist) festigt ihre „Aura“, nicht zu den Etablierten, nicht zum „Kartell“ zu gehören. Diese Zurechnung ist die Basis des grundlegenden Täuschungsmannövers der AfD: Eine „Stimme des Volkes“ zu sein.
Normalerweise erzeugt der Tabubruch (also bestimmte „illegitime“ Dinge zu sagen, „System-“ und „Fundamentalkritik“ zu üben, Diskriminierungsbedürfnisse ihren Lauf zu lassen) Angst. Aber der Tabubruch, der beispielsweise begangen wird, wenn der Verunsicherungsdruck zu groß geworden ist, kann auch als psychischer Erleichterungseffekt erlebt werden und die Illusion eines „selbstbestimmten“ Realitätsverhältnisses erzeugen. Gerade weil die Parteinahme für rechts-populistische Gruppierungen verpönt ist und als illegitim gilt, geht von der dissenten Wahlentscheidung (wenn man sich einmal zu diesem Schritt entschlossen hat) ein besonderer Reiz aus. Er wird als „demonstrativer Akt“ nach dem Motto erlebt: „Denen habe ich es aber gezeigt!“

Sind darüber hinaus nicht Zustimmungen zur Programmatik erforderlich?

Nicht unbedingt. Viel entscheidender ist, dass die Partei eine Aura der „Nonkonformität“ umgibt: Sie wird gegenüber den etablierten Parteien als „anders“ erlebt.
Dass von einem Teil der Krisenopfer die AfD als Sprachrohr ihrer Interessen mißverstanden wird, ist natürlich ein schlechter Witz. Es ist paradox, dass es gerade die Opfer der neoliberalistischen Umwälzungen in den strikten Verteidigern von „Deregulierung“ (und damit zwangsläufig auch dem Sozialabbau) ihre Interessen aufgehoben sieht.
Das „Geheimnis“ der Akzeptanz liegt darin, dass den Krisenopfern eine (Pseudo-)Erklärung der Ursachen ihrer

schwierigen Lebenssituation angeboten wird. Auch Artikulationshilfen bei der Umlenkung ihren Frustrationen und ihre Sozialängste auf indentifizierbare Gruppen, also die „Islamisten“ und aktuell die „Ausländer“ spielen eine wichtige Rolle. Es sind einerseits die Gruppen, auf die sie ihre Sozialängste projizieren können, aber andererseits auch die Objekte ihres Bedürfnisses nach psychischer Selbststabilisierung, die durch die Abwertung von Anderen (vornehmlich sozial schwächeren) temporär gelingt. Diese Affekte gegen als störend und irritierend empfundenen Gruppen ist Voraussetzung eines Gefühls (tendenziell völkisch definierter) Zugehörigkeit, die „Kultivierung“ der Vorurteile, die Bedingung der eigenen Selbsterhöhung mit temporär psychischen Selbststabilisierungseffekten.
Innerhalb einer „gutbürgerlichen Mitte“, in der man sich noch von der Fremdenfeindlichkeit fernhält sind es übrigens vorrangig die „Langzeitarbeitslosen“ die als Projektionsfläche für solche Versuche sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen, herhalten müssen.

Ist das nicht ein Kompensationsmechanismus der auch den traditionell-faschistischen Bewegungen zugute gekommen ist und bei ihrer Propagandaarbeit eingesetzt wurde?

Das ist richtig. Wie weit das jetzt innerhalb der AfD bewußt eingesetzt wird, ist schwer zu sagen. Aber mit Vorurteilen wird ebenso operiert, wie mit den Sozialängsten der Menschen. Um beides politisch zu instrumentalisieren braucht es nicht vieler Worte, weil sie gesellschaftlich virulent sind. Denn Fremdenfeindlichkeit und Menschenverachtung gibt es nicht nur in konzeptioneller Gestalt, sondern sie entstehen durch die unmittelbare Alltagspraxis in „marktwirtschaftlich“ organisierten Gesellschaften. Aufgrund der strukturell verursachten Feindseligkeit der Menschen gegeneinander, sind sie beständig von Zersetzungsprozessen bedroht. Das Bemühen, das eigene soziale Überleben zu sichern ist ebenso von alltäglicher Bedeutung, wie die Praxis der Abwertung des Anderen. In „neo-darwinistischen“ Orientierungen spiegeln sich die konkurrenz-gesellschaftlichen Lebensverhältnisse, die so wie Darwin es im Tierreich beobachtet hat, der Eine nur leben kann, wenn er den Anderen vernichtet. In menschlichen Gemeinschaften hat das weitgehende Konsequenzen: Sigmund Freud hat, wenn auch mit falschem Zungenschlag, weil er die kapitalistischen Verhältnisse historisch generalisiert, davon gesprochen hat, dass die „Kulturgesellschaft infolge der primären Feindseligkeit der Menschen gegeneinander beständig vom Verfall bedroht“ ist.
Es ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert, dass antisemitische Einstellungen, unabhängig davon mit welcher Intensität sie sich öffentlich artikulieren, bei 20 Prozent der Bevölkerung auch in „entwickelten Industrieländern“ feststellen lassen. Wie weit der Antisemitismus sich unüberhörbar bemerkbar macht, ist dann eher eine Frage der „politischen Konjunktur“, also ob aufgrund krisenhafter Entwicklungen „Sündenböcke“ gebraucht werden. „Gehen die Geschäfte schlecht, dann wir der Sinn scharf“ hat in den 30er Jahren Ernst Bloch diesen sowohl antisemitischen, als auch allgemeinen fremdenfeindlichen Reaktionsmechnismus angedeutet.

Aber was haben die Menschen davon, wenn sie Vorurteile „kultivieren“?

Sie können sich ein „Bild von der (sozialen) Welt“ machen, auch wenn dieses schief und verzerrt, widersprüchlich und paradox ist. Sie können mit diesen Ideologemen der unverständlichen und als bedrohlich erfahrenen Welt wenigstens ein Surrogat des „Verstehens“ entgegen setzen. Deshalb haben in Krisenzeiten rückwärtsgewandte Weltanschauungen auch Hochkonjunktur.
Gerade Menschen in Situationen sozialer Verunsicherung und lebensgeschichtlicher Perspektivlosigkeit haben ein gesteigertes Bedürfnis nach „Welterklärungen“. Sie wollen sich einen Reim auf ihre Lage machen. Da kritisches Wissen heute nur noch einer Minderheit zur Verfügung steht und dessen Aneignung auch ein voraussetzungsvoller Prozeß ist, der Ausdauer und Nachdrücklichkeit erfordert, haben einfache Erklärungen ein leichtes Spiel. Vor allen weil sie mit virulenten Selbsttäuschungen arbeiten und an ein fetischisiertes Alltagsbewußtsein anschließen können, dass durch die kapitalistische Lebenspraxis „spontan“ erzeugt wird.
Durch diesen ideologischen Schleier werden elementare Widerspruchserfahrungen nicht unbedingt neutralisiert, aber ihre Ursachen bleiben meist verborgen. Um zu begreifen, warum es Arbeitslosigkeit gibt, oder die gesellschaftlichen Armutszonen sich ausbreiten, sind intellektuelle Verarbeitungs- und Vermittlungsprozesse nötig. Aber kaum eine politisch relevante Organisation bemüht sich mittlerweile in umfassender Weise das zu leisten, was in traditionellen sozialistischen Organisationen einmal als „Schulung“ bezeichnet wurde. Verwunderlich ist es also nicht, wie geradezu erschütternd wenig in der angeblichen „Wissensgesellschaft“, selbst an elementaren Vorstellungen über die sozialen Zusammenhänge verbreitet ist.

Aber sind die Wirkungen der weltanschaulichen Selbsttäuschungen nicht beschränkt?

Ja, das ist insofern ein großes Problem, weil durch die Dürftigkeit dieser „Welterklärungen“ schnell Abnutzungseffekte eintreten - und dann Radikalisierungsbedürnisse entstehen können. Die Weltanschaungsmuster müssen immer regressiver und irrationalistischer werden, um noch eine Surrogatwirkung zu haben. Langfristig können deshalb diese Irrationalismen eine Motivationsbasis für rechtsextremistisch motiviertes Gewalthandeln bilden. Es kann aufgrund der historischen Erfahrungen nur mit Sorge betrachtet werden, dass die AfD gegenwärtig vor allem überdurchschnittlich viele junge Menschen anzieht: Bei den unter 30-Jährigen gehören mittlerweile 10 Prozent zu ihren Anhängern. Von diesen können sich einige radikalisieren, wenn die Betäubungswirkungen der Identifikationsmuster und Vorurteilssysteme nachlassen. Sie können dann (wenn auch über mehrere Stufen psychischer Destabilisierung und ideologischer Indoktrination) zu Bombenlegern werden! Es ist zu befürchten, dass die Krawalle Mitte September 2016 in Bautzen nur die Vorboten noch ganz anderer Ereignisse gewesen sind, bei denen Jugendliche eine fragwürdige Rolle spielen könnten: Es besteht die Gefahr, dass die Galgen-Symbole die bei den Pegida-Aufmärschen gezeigt wurden, realitätsrelevant werden.

Welche Alternativen gibt es?

Auf keinen Fall reicht ein normativer Antifaschismus aus. Stellen wir die gewissermaßen „existenzielle“ Funktionalität rechter Orientierungen (ihre temporäre individualpsychische Stabilisierungsfunktion) in Rechnung ist evident, dass ihnen mit bloß rationalen Appellen alleine nicht beizukommen ist. Rechte Gesinnung ist zum Teil eine Form eines hilflosen und fehlgeleiteten Protestes. Das muß bei jeder anti-rechten Kampagne berücksichtigt werden. Die rechten Orientierungen sind für die psychisch und mental defundierten Menschen, wenn auch in pervertierter Form, der „Geist, geistloser Zustände“ (wie Marx über die Religion gesagt hat).
Bleibt die individualpsychische Stabilisierungsfunktion unberücksichtigt, hat der „vernunftorientierte“ Antifaschismus und aufklärende Antirassismus nur eine begrenzte Wirkung, weil seine Orientierungsebene nicht unmittelbar mit den „Interessenlagen“ der Sympathisanten dieser Irrationalismen korrespondiert. Gegen die herrschenden Bewusstseinsverzerrungen kann das rationale Argument ebenso wenig etwas ausrichten wie gegen die „Gewissheiten“ des Alltagsbewusstseins, das sich aus tief verwurzelten Bildern und ideologischen Elementen, aus Stereotypen und kurzschlüssigen „Lebenserfahrungen“ speist.

Ist dann jedes Aufklärungsbemühen gegen rechts sinnlos?

Natürlich nicht! Aber all diese Aktivitäten müssen in dem Bewußtsein ihrer beschränkten Reichweite organisiert werden. Beispielsweise, weil nationalistische Ideologien nicht durch den Hinweis auf ihre Widersprüche und Paradoxien zu neutralisieren sind. Bis zu einem gewissen Grad ist gerade die inhaltliche Heterogenität das Geheimnis ihres Erfolges. Ihre Erklärungsversuche korrespondieren mit der gebrochenen Struktur des Alltagsdenkens. Und ihre assoziativ-populistischen Argumentationsmuster besitzen die notwendige „Flexibilität“, um konkrete Erfahrungsmomente mit untergründigen Weltbildelementen und emotionalen Bedürfnisstrukturen zu vermitteln. Dieser Verarbeitungs- und Assoziationsmechanismus ermöglicht es, auch gegen eigenen Interessen und Erfahrungen zu denken und handeln.

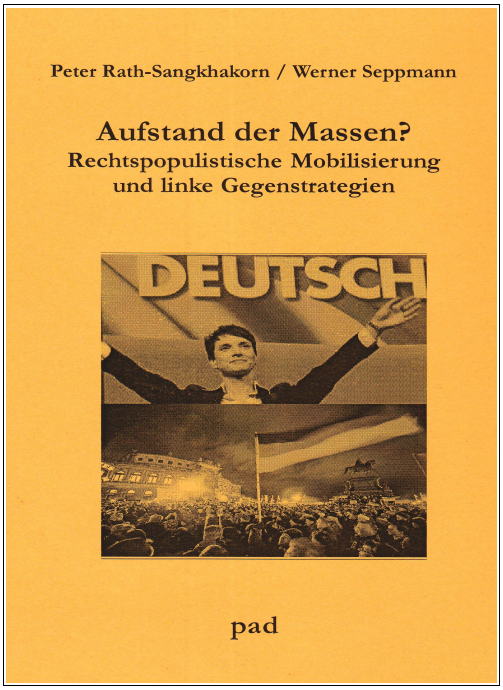
Was wäre die konzeptionelle Alternative?

Es müssen Antworten auf die Existenzsorgen der Menschen gegeben werden! Und ihnen müssen Zukunftsperspektiven vermittelt werden! Mit einer Forderung nach Erhöhung des Mindestlohnes auf 10 Euro ist es jedenfalls eben so wenig getan, wie mit den PR-Phrasen des SPD-Parteivorsitzen, wenn er sagt, dass er nun beabsichtige, die „soziale Frage auf die Agenda zu setzen“. Auch wirklichkeitsfremde „Trotzreaktionen“ der Linkspartei, beispielsweise in Form der Aussage im Leitantrag eines Landesparteitages, dass „Ausbeutung nicht toleriert“ würde, sind nicht geeignet, die Menschen zu überzeugen. Und wer will es ihnen verdenken, wenn angesichts der 160 Millionen Armen in der EU, die Behauptung Gregor Gysis über die angebliche zunehmende „sozialer Gerechtigkeit und Demokratie in Europa“ 2015 auf den Bielefelder Parteitag, von den Verunsicherten als Indiz dafür genommen wird, dass auch die LinksPartei Mitglied des „Parteienkartells“ geworden ist? Wie will die LinksPartei angesichts solcher Desorientierungen glaubhaft machen, einen „Politikwechsel“ einleiten zu können? Selbst die Postulierung richtiger Schritte, wie sie beispielsweise von den Parteivorsitzenden Bernd Riexinger und Katja Kipping gefordert wurden, nämlich eine „(Selbst-)Organisation der Menschen zu fördern“ und „außerparlamentarische Mobilisierungen zu stärken“ erfährt dann geringe Resonanz. Zumal auch bei notwendigen und sinnvollen Initiativen, beispielsweise gegen den Sozialabbau, die Partei selten nur aus der Schattenwelt technokratischer Konzepte und einer ritualisierten Sprache heraustritt.
Es kommt noch etwas hinzu, was für die Auseinandersetzung mit den Rechtsgruppen momentan nicht von unmittelbarer Bedeutung ist, jedoch für die Politikfähigkeit der Partei von größter Relevanz ist: Die Haltung zu den gravierenden Konsequenzen in vielen Lebens- und Arbeitsbereichen durch eine zunehmende Digitalisierung. Was mehrheitlich aus der LinksPartei darüber zu hören ist, entstammt überwiegend aus dem ideologischen Arsenal der Computer und Software-Industrie. Deren Propagandisten und Kopflanger (von denen ganze Heerscharen auf den Lohnlisten von Google, Microsoft und Facebook stehen!) haben es geschickt verstanden, die informationstechnologischen Apparate und Systeme der Kontrolle und Manipulation mit ihren immer offensichtlicher werdenden zivilisatorischen Destruktionseffekten, als Emanzipationsmaschinen zu verkaufen. Ein weiteres mal unterliegen die Kräfte in der LinksPartei, die um jeden Preis in der „Gesellschaft“, also im realen Kapitalismus „ankommen“ wollen, herrschenden Selbsttäuschungen. Die besondere Dramatik liegt darin, dass wer heute über Computer und Internet sich keine kritische Position erarbeitet, über keine gesellschaftspolitische Kompetenz mehr verfügt. In der unmittelbaren Konsequenz dieser Defizite, geht man dann erbaulichen Märchenerzählungen wie denen von Paul Mason („Postkapitalismus“) auf den Leim, dass dank des Internets, der Kapitalismus automatisch in eine „alternative“ Gesellschaft „hinübergleiten“ würde.

Was ist zu konkret tun?

Ein Bollwerk gegen den rechten Formierungsprozeß kann nur eine soziale Bewegung bilden, die nicht nur aufklärend auf die Menschen einwirkt, sondern ihnen auch neue Lebensperspektiven und eine realistische Zuversicht vermittelt, auch wenn ein Blick auf die sozialen Kräfteverhältnisse und die politische Kultur in Deutschland angesichts der realen Notwendigkeiten einer solchen anti-rechten Strategie nicht optimistisch stimmen können. Denn für zukunftsorientierte Konzepte und Phantasien gibt es keinen Entfaltungsraum. Aber an ihrer Entwicklung im Rahmen einer politischen Bewegung zu arbeiten, die die Interessen der Bevölkerungsmehrheit in den Mittelpunkt stellt und überzeugend herausarbeitet, wie ein Mindestmaß an Souveränität über das eigene Leben wieder zu erlangen ist, dürfte die einzige Chance sein, die rechts-populistische Flut wenigstens langfristig eindämmen zu können.

LabourNet.de Germany



Peter Rath-Sangkhakorn / Werner Seppmann

Aufstand der Massen?
Rechtspopulistische Mobilisierung und linke Gegenstrategien

72 Seiten, 5 Euro

INHALT: Krise und Protest / Wahlsieger / Eine „nachholende" Rechtsentwicklung? / Psychische Selbststabiliserung durch Hass? / Alltagsorientierung und Rechtsextremismus / Rechtsextremismus und die „Mitte" der Gesellschaft / Wie real ist die faschistische Gefahr? / Antifaschistische Strategien / Pekarität ist überall / Zur Dialektik antifaschistischer Aufklärung

Nach Jahren der „Zurückhaltung" existiert (stimuliert durch die Krisenerfahrungen) auch in der Mitte der Gesellschaft eine verstärkte Bereitschaft, sich deutlich „rechts" zu äußern. Rechtsextreme Ansichten korrelieren zwar sehr häufig mit prekären Lebensverhältnissen und niedrigen Einkommen, haben in der Bundesrepublik auch bei Mittelschichtsangehörigen zugenommen, die ihren Status bedroht sehen.

Mit der AfD als mehr oder minder unappetitlichem Verwesungsprodukt des etablierten Politikversagens, fährt der Neoliberalismus seine Ernte ein und zeigt seine häßliche Rückseite: Das manifeste Markt-Denken führt direkt zu manifesten Vorurteilen gegen Leistungsschwächere und Nicht-Dazugehörige. Dieser Extremismus kommt nicht aus einem nebulösen Nirwana, sondern vereinigt wie in einem Brennglas das medial vermittelte Bild einer Leistungs- und Elitengesellschaft. Die vor allem unter rot-grün forcierte sozialdarwinistische Politik – Stichwort Agenda-Politik – war das neoliberale Treibhaus, in dem der Zustand der Verwirrung und Desorientierung in Politik und Gesellschaft befördert wurde.

Das inhumane Weltbild der neuen Rechten stellt die „alternativlose" Fortsetzung einer visionslos gewordenen Politik dar, die Symptome statt Ursachen und Opfer statt Täter bekämpft.

pad-Verlag – Am Schledorn 6 – 59192 Bergkamen / pad-Verlag@gmx.net